

1 **Walsroder Appell gegen Hass, Gewalt und Antisemitismus**

2 Am 27. Januar begehen wir den 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz.
3 Er ist ein Tag der Ermahnung und Erinnerung sowie nie endender Verantwortung. Auschwitz ist
4 gleichsam ein Symbol für ein unvorstellbares und unvergleichliches, von Menschenhand
5 begangenes Verbrechen, für einen organisierten Massenmord an Millionen von Juden, politisch
6 anders Denkenden und Minderheiten.

7 Die unauslöschliche historische Schuld der Schoah verpflichtet uns, alles zu tun, damit Rassismus
8 Antisemitismus und Judenhass in jeglicher Form für immer geächtet und überwunden werden.

9 Als Deutsche stehen wir hier in einer besonderen Verantwortung. Es ist das aus der Erfahrung der
10 Katastrophe des Nationalsozialismus formulierte Menschenbild unseres Grundgesetzes, welches
11 uns zu einem ebensolchen Handeln verpflichtet. Wir wenden uns entschieden gegen jegliche
12 Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen.

13 75 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager sind wir als CDU in Niedersachsen dankbar
14 für das an vielen Stellen neu und wieder erblühte jüdische Leben in Deutschland und in
15 Niedersachsen. Wir wollen es fördern und verpflichten uns zu dessen wirksamem Schutz, wo es
16 gefährdet, bedroht und angegriffen wird.

17 In Deutschland müssen sich der Staat und seine Bürgerinnen und Bürger schützend vor jeden
18 Menschen stellen, der auf Grund seines Glaubens, seiner sexuellen Identität oder seiner Herkunft
19 diskriminiert, angegriffen oder bedroht wird. Das gilt auch und gerade in den Sozialen Medien.
20 Wir müssen aufstehen und entschieden überall dort widersprechen, wo antisemitische
21 Stereotype, Vorurteile und Ressentiments bedient werden. Alle demokratischen Parteien stehen
22 dabei in einer besonderen Verantwortung, der wir uns als CDU, gerade aufgrund unseres
23 christlichen Menschenbildes, besonders stellen.

24 Eine große Herausforderung sind politische und religiöse Hassreden im Internet, die zunehmend
25 auch antisemitisch geprägt sind. Sie haben nicht nur menschenverachtende und
26 demokratiegefährdende Formen angenommen, sondern immer häufiger auch reale Gewalttaten
27 zur Folge, wie den feigen Mord an Walter Lübcke oder den antisemitischen Anschlag in Halle. Sie
28 rütteln nicht zuletzt an den Grundpfeilern unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft,
29 indem sie den politischen und gesellschaftlichen Diskurs vergiften.

30 Die wachsende Hasskriminalität, analog und im Netz, muss konsequent bekämpft und verfolgt
31 werden. Dazu müssen Polizei und Verfassungsschutz die notwendigen Instrumente an die Hand
32 gegeben werden. Die Justiz muss in die Lage versetzt werden, Straftaten mit politischem oder
33 religiösem Hintergrund konsequent zu verfolgen. Dabei hat der Gesetzgeber sicherzustellen,
34 dass das Strafrecht jüdischen Menschen ausreichend Schutz bietet – gerade auch im Internet.
35 Noch bestehende Gesetzeslücken müssen zügig geschlossen werden.

36 Nicht allein im Internet, auch im Alltagsleben stoßen wir auf Antisemitismus. In Deutschland gilt
37 nicht nur auf manchen Schulhöfen „Jude“ wieder als Schimpfwort, Kippa tragende Juden werden
38 auf offener Straße angegriffen. Der aktuelle Antisemitismus speist sich im Wesentlichen aus drei
39 Quellen. Neben Rechtsradikalen bedienen auch Teile der extremen politischen Linken und
40 ebenso Mitglieder muslimisch-arabischer Gemeinschaften antisemitische Stereotype. Politik und
41 Zivilgesellschaft sind aufgerufen, ohne falsche Rücksichtnahme die Hintergründe des aktuellen
42 Antisemitismus und der religiös motivierten Hasskriminalität klar zu benennen, sich deutlich
43 davon zu distanzieren und deren Ursachen ebenso entschieden zu bekämpfen.

44 Wir begrüßen, dass das Land Niedersachsen einen Antisemitismusbeauftragten benannt hat.
45 Denn Staat, Politik und Verwaltung haben eine Vorbildfunktion bei der
46 Antisemitismusprävention. Die Maßnahmen des Bundes und der Länder – insbesondere in der
47 Bildungsarbeit, der Gedenkstättenarbeit und der Erinnerungskultur, der Arbeit von Polizei und
48 Justiz sowie der Unterstützung des jüdischen Lebens in Deutschlands – können über die
49 koordinierende Tätigkeit der Antisemitismusbeauftragten deutlich verbessert werden.

50 Eine lebendige Verantwortungs- und Erinnerungskultur ist Teil historisch-politischer Bildung und
51 damit zugleich unverzichtbarer Gegenstand schulischen Lernens. Deshalb begrüßen wir es
52 ausdrücklich, wenn Schulen Gedenktage und den Besuch von Erinnerungsorten und
53 Gedenkstätten in den Unterricht integrieren. Es muss selbstverständlich und gelebte Praxis
54 werden, dass möglichst alle Schulen in Niedersachsen davon Gebrauch machen – auch und
55 gerade in jenem Jahr, in dem sich die Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen zum
56 fünfundsiebzigsten Mal jährt. Die Erinnerungsorte und Gedenkstätten leisten einen
57 unverzichtbaren Beitrag für eine lebendige Verantwortungs- und Erinnerungskultur und damit
58 auch für eine wirksame Antisemitismusprävention.

59 Juden fühlen sich nur an wenigen Orten auf der Welt wirklich sicher. Der Staat Israel gehört dazu.
60 Er ist gegründet worden, um Juden endlich – nach dem entsetzlichen Holocaust – eine Heimat
61 ~~und~~ zu geben. Doch keinem anderen Staat auf der Welt wird sein Existenzrecht von anderen
62 Ländern so massiv und immer wieder in Frage gestellt, wie dem Staat Israel. Die Beziehungen
63 Deutschlands zu Israel-feindlichen Staaten müssen vor diesem Hintergrund immer wieder neu
64 auf den Prüfstand gestellt werden, um abzuwägen, ob diese Beziehungen im diplomatischen
65 Interesse eine Verbesserung der Lage bewirken oder die Existenz Israels gefährden. Für eine
66 sichere Existenz Israels einzutreten ist für Deutschland gerade aufgrund unserer jüngeren
67 deutschen Geschichte eine ständige Verantwortung und nachdrückliche Verpflichtung zugleich.
68 Es ist Staatsräson!